

678/J XXIV. GP

Eingelangt am 21.01.2009

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Ing. Kapeller
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst

betreffend Anerkennung der Ausbildung von Unteroffizieren im öffentlichen und zivilen Bereich

Die unter dem Vorsitz von Dr. Helmut Zilk eingesetzte überparteiliche und mit zahlreichen Experten verstärkte Bundesheerreformkommission hat in ihrem im Jahr 2004 abgegebenen Schlussbericht unter anderem die Schaffung der Voraussetzungen für die Anerkennung der Unteroffiziersausbildung und deren rechtliche Gleichstellung zur zivilen Berufsausbildung empfohlen. So sollte der Wechsel zwischen zivilen und militärischen Berufen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung und Anrechnung von Ausbildungsgängen ebenso ermöglicht werden, wie eine bevorzugte Einstellung befristeter Berufssoldaten und Berufssoldatinnen im Öffentlichen Dienst.

Diese Empfehlung der Bundesheerreformkommission ist nach wie vor nicht umgesetzt, obwohl diese Maßnahmen gerade auch für die Umsetzung der Bundesheerreform ÖBH 2010 von Interesse sind, da die Reform insgesamt das Ziel hat, das Bundesheer zwar in seinem Umfang zu verkleinern, dafür aber schlagkräftiger und effizienter zu machen. So ist gerade die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres zu stärken. Dafür benötigt es aber auch der Möglichkeit des Job-Wechsels für lang dienende Soldaten, wie zum Beispiel für Unteroffiziere. Diesen muss eine berufliche Perspektive angeboten werden können, die wohl nur außerhalb ihrer ursprünglichen Verwendung bei der Truppe liegen kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen die Problematik der mangelnden Anerkennung der Unteroffiziersausbildung bekannt?
2. Was werden Sie unternehmen, damit die Unteroffiziersausbildung zum allgemein anerkannten Berufsbild wird?

3. Was werden Sie als für den Öffentlichen Dienst zuständiges Regierungsmitglied unternehmen, um die Einstellung befristeter Berufssoldaten und Berufssoldatinnen im Öffentlichen Dienst vorrangig durchführen zu können?
4. Wann werden Sie dem Parlament eine entsprechende gesetzliche Vorlage zur rechtlichen Gleichstellung bzw. Anerkennung der Unteroffiziersausbildung vorlegen?